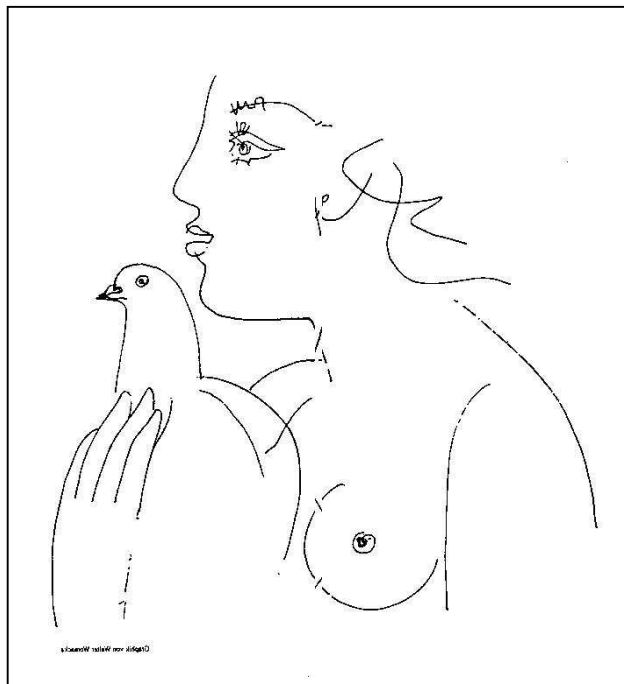


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 7



Das 4. Weltsozialforum in Mumbai

von Hans-Peter Richter
Teilnehmer am Weltsozialforum

Feiertagsproteste stoppen keine Kriege

Rede der indischen Schriftstellerin **Arundhati Roy** auf dem
4. Weltsozialforum in Mumbai

Redaktionsschluss: 02.02.2004

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Das 4. Weltsozialforum in Mumbai

Nach drei Weltsozialforen in Porto Alegre (Brasilien) fand nunmehr vom 16. – 21. Januar 2004 zum vierten mal das Weltsozialforum (WSF) in Mumbai (Indien) statt. Mumbai hieß früher Bombay. Die Teilnehmerzahl des 4. WSF in Indien war mit 100.000 mindestens genau so groß wie beim vorangegangenen in Brasilien. Benutzt wurde das weitläufige Ausstellungsgelände Nesco Grounds zwischen den Stadtteilen Jogeshvari und Goregaon im Norden Mumbais. Die Versammlungen, Seminare und Arbeitsgruppen fanden in 5 riesigen Hallen, 6 weiteren Hallen, 139 eigens errichteten Räumen und 6 Zelten statt. Dazu gab es 7 Bühnen, 1 Theater, 3 Ausstellungshallen, 1 Medienzentrum mit 63 Computern und Hunderte Informations-, Verkaufs- und Essensstände. Die eigens errichteten Räume bestanden aus Holzplatten, die mit Stoff verkleidet waren. Jeder Raum enthielt Neonlampen und Ventilatoren und eine Lautsprecheranlage. Auch die Hallen enthielten Bühnen, große Lautsprecheranlagen. Die Bühnen waren mit Stoffbahnen verkleidet. Unter der Decke hingen zur besseren Akustik große Stoffsegel.

Die technische Einrichtung funktionierte. Das 120 Seiten starke großformatige Programm erschien erst am zweiten Veranstaltungstag und enthielt mehr als 1200 Veranstaltungen.

Die Auftaktversammlung fand auf einem etwa 2 Fußballfelder großen Freigelände mit großer Bühne und Großbildleinwänden statt. Der Boden des riesigen Platzes war mit Stoffbahnen ausgelegt, die miteinander vernäht waren. So war man vor Staub und Schmutz geschützt und konnte sich auf dem Boden niederlassen.

Bei der Auftaktversammlung gab es viele Reden und Musik- und Tanzeinlagen. Höhepunkt war zweifellos die Rede von Arundhati Roy.

Die Rede wurde in der jungen welt vom 20. 1. 04 veröffentlicht.

Roy benannte darin schonungslos das Verhalten der USA Imperialismus. Zitat: *„Erstmals in der Geschichte hat ein einziges Imperium mit einem Waffenarsenal, das die Welt an einem Nachmittag auslöschen kann, komplette, unipolare wirtschaftliche und militärische Hegemonie.*

Das »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« strebt danach, Ungleichheit fortzusetzen und amerikanische Hegemonie um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, zu errichten. Das Weltsozialforum ver-

langt Gerechtigkeit und Überleben. Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten.“

„Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, sollten wir dann darin übereinstimmen, dass wir gegen die US-Okkupation sind und dass wir glauben, dass die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen? Wie beginnen wir mit unserem Widerstand? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alle Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?) Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.“

Diese Passage ihrer Rede, wurde von Medien verfälscht und hat in Deutschland Diskussionen ausgelöst mit dem Vorwurf – so auch vom Vorsitzenden der DFGVK - Roy plädiere für einen militanten Widerstand. Davon war jedoch, wie man aus dem obigen Zitat sehen kann, keine Rede.

Jeden Friedensaktivisten, allen die gegen Imperialismus und sozialen Raubbau streiten wäre zu empfehlen, diese Rede sehr aufmerksam zu lesen und in ihrer politischen Arbeit zu verwenden. Die Rede von Arundhati Roy ist im Anhang zu diesem Bericht dokumentiert.

Mumbai Resistance

Arundhati Roy erwähnte in ihrer Rede auch die Konferenz von Mumbai Resistance (MR). Es handelte es sich um eine Parallelveranstaltung zum Weltsozialforum. Den Organisatoren von MR ist das WSF zu wenig aktionsorientiert. Sie verkündeten auf Flugblättern, das WSF glaube an die Reformierbarkeit des Imperialismus, sie aber wollten den Imperialismus zerschlagen . Außerdem treten sie für bewaffneten Widerstand gegen den präventiven Krieg der USA ein und lehnen Nichtregierungsorganisationen (NGO), die mit dem Staat zusammenarbeiten ab. Sie kritisierten, dass das letzte WSF Geld von der Ford-Stiftung angenommen hätte.

Hinsichtlich der Teilnehmerzahl stellte Mumbai Resistance (MR) keine ernstzunehmende Konkurrenz dar. Rund 1.000 nehmen sich im Vergleich mit den 100.000 Teilnehmern auf der anderen Seite des Western Express Highway bescheiden aus.

Vielfach werden die Organisatoren, hinter denen im wesentlichen die naxalitischen Agrarevolutionäre aus jenen Teilstaaten stehen, in denen seit vielen Jahren ein blutiger Bürgerkrieg zwischen Großgrundbesitzern und Landlosen tobt, des Sektierertums geziehen. MR schlug dem WSF gemeinsame Aktionen vor. Arundhati Roy trat sowohl beim Weltsozialforum (WSF) als bei Mumbai Resistance (MR) auf. Eine Demo von MR für den 20. 1. zum US-Konsulat wurde von der Polizei verboten. Es fand aber eine Kundgebung mit 10.000 Teilnehmern auf einem Platz in der Innenstadt statt. Obwohl um den Versammlungsort massiv Polizei mit Schlagstöcken aufmarschiert war, verlief die Kundgebung friedlich.

Die Finanzierung

Das WSF kostete 1,5 Mill. Euro. Die Organisatoren des 4. WSF erklärten, dass diesmal kein Geld aus wirtschaftsnahen Stiftungen oder ähnlichen Finanzquellen stammen würde. Das WSF sei zu 60% von zwei niederländischen Hilfsorganisationen und von Oxfam aus Großbritannien finanziert worden und ansonsten durch die Registrierungsgebühren. Westliche Teilnehmer mussten 150 US-Dollar pro Organisation und 50 US-Dollar pro Teilnehmer zahlen, für andere war es billiger.

Die Stimmung

Von der ersten bis zur letzten Minute zogen unzählige Gruppen kreuz und quer über das Forumsgelände. Die Farbenpracht der Kleidung, die Kostümierungen, Straßentheater, Theater und Musik auf allen Bühnen. Die schiere Energie der Teilnehmer aus 130 Ländern war überwältigend. Die Dalits - einst nannte man sie "die Unberührbaren" - waren besonders aktiv; auch Adivasi-Gruppen (Ureinwohner) zogen mit viel Vergnügen, Trommeln und Sprechchören zwischen aufgegebenen Fabrikgebäuden hin und her. Die Menschen zeigten, dass es sie gibt; sie feierten ihren Widerstand, und sie feierten sich selbst.

Der Verlauf

Eine Zusammenfassung der mehr als 1200 Veranstaltungen ist nicht möglich. Wenigstens will ich hier einige Themen benennen:

- die Vernichtung natürlicher Ressourcen,
- eine privatisierte Wasserversorgung,

- die anhaltende Diskriminierung von Frauen und Minderheiten,
- Rechte für Kinder,
- Obdachlosigkeit,
- das Kastensystem oder religiöser Fanatismus

waren die wichtigsten Themen der einen (indischen) Seite - während die andere, die aus dem Norden,

- den US-Militarismus,
- die Politik von Weltbank,
- Währungsfonds (IWF),
- Welthandelsorganisation (WTO) und
- Gentech-Agrarkonzernen

debattieren wollte. Natürlich traf man sich dabei. Die Inder regten die Gründung einer weltweiten Wasserbewegung an und fanden Zuspruch. Ein thailändischer Bauer empfahl den radikalen Verzicht auf externen Input wie chemische Düngemittel und das Saatgut multinationaler Firmen, während José Bové - der legendäre französische Bauernführer - die EU- und US-Agrarpolitik Attackierte. Medha Paktar - sie kommt aus dem Widerstand gegen die Staudamm-Gigantomanie am indischen Narmada-Fluss - hielt eine flammende Rede gegen Mega-Stromprojekte überhaupt: "Man kann Elektrizität nicht trinken!"

Vertreter der Waldbevölkerung in den Bundesstaaten Madhya Pradesh, Chhattisgarh und Bihar berichteten über die Folgen der globalen Umweltpolitik. Sie seien schon früher vertrieben worden. Zuerst hatten die britischen Kolonialherren die Wälder abgeholzt, dann schlugen große Firmen riesige Schneisen in ihren Lebensraum. Ab Ende der Achtziger verboten ihnen immer mehr Forstverwaltungen den Zutritt mit dem vorgeschobenen Argument, nur so seien bedrohte Arten zu schützen. Seit Kyoto kam eine neue Bedrohung ihrer Lebensweise hinzu: der Handel mit Emissionsgutscheinen.

Um weiterhin fossile Energieträger verkaufen und verbrennen zu können, fördern multinationale Konzerne wie Exxon oder Shell und westliche Staaten den Anbau von monokulturellen Wäldern in den Ländern des Südens, die sie sich als Senken für die Absorption von Kohlendioxid gutschreiben lassen. Folge dieses Systems: der Norden darf weiter verheizen. "Das ist kein Umweltschutz, sondern nur profitabler Schutz einer verschwenderischen Lebensweise", sagt das indische Forum der Waldbevölkerung und Forstarbeiter.

Joseph Stiglitz, der vormalige Vizechef der Weltbank, jetzt einer der Prominenten der Globalisierungskritiker, hielt eine Rede gegen die Liberalisierung der Kapitalmärkte: Eine modifizierte Tobin-Steuer (die Besteuerung von Devisengeschäften) sei notwendig, um Währungsspekulationen zu begrenzen, die zuerst in aller Regel auf Kosten der Armen des jeweils betroffenen Landes gehen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte ein Seminar über „Geschlecht und permanenter Krieg“. Die geladene Irakerin hatte kein Visum erhalten. Vertreterinnen aus Palästina, Israel, Mexiko, Afghanistan und Bosnien berichteten. Eine Vertreterin der afghanischen Frauenorganisation "Rawa" brachte eine ernüchternde Botschaft: "Nichts hat sich für die afghanischen Frauen geändert", sagte Saher Saba, "Mädchen haben noch immer nicht die Möglichkeit, zur Schule zu gehen." Und ungeachtet ihrer Abgeordneten in der Loja Dschirga müsse "Rawa" weiterhin im Untergrund arbeiten. "Wir versuchen, mit den liberaleren Kräften ins Gespräch zu kommen", sagte Saba.

Gefährlich ist es in Kolumbien für Gewerkschafter: 4000 Gewerkschafter seien in den vergangenen Jahren ermordet worden, berichtete Javier Correa in einem anderen Seminar. 3000 Gewerkschafter säßen im Gefängnis. Der Gewerkschafter, befürchtet, dass Kolumbiens Industriearbeiter eines Tages nicht einmal mehr Anstellungsverträge erhalten. Correa arbeitet bei Coca Cola. Diese Angabe machte er mit einem kleinen Lächeln: Er wusste, dass der Konzern in Indien verschrien ist. 1998 errichtete Coca Cola eine Abfüllanlage im regenarmen Plachimada im Bundesstaat Kerala. Die Fabrik schöpft das Grundwasser ab. Seither ernähren die Ernten die Menschen nicht mehr, die Frauen müssen kilometerweit um Trinkwasser laufen. Als dann auch noch bekannt wurde, dass Coca Cola den anfallenden verseuchten Klärschlamm als Dünger an die verarmten Bauern verkaufte, war das Maß voll.

Der Weltfriedensrat traf sich und mobilisierte für sein Treffen im Mai in Athen und für die „Friedensolympiade“.

Parallel zum WSF und MR gab es noch ein Welt-Parlamentarier-Forum, das in den Medien überhaupt nicht erwähnt wurde, und ein Jugendcamp.

Das globale Anti-Kriegs-Netzwerk

Neben den sozialen Bewegungen hat sich seit dem ESF im November 2002 in Florenz ein globales Anti-Kriegs-Netzwerk gegründet, in dem die „Stop The War Coalition“ aus Großbritannien und die ANSWER-Coalition aus den USA besonders aktiv sind.

Verschiedene Redner wiesen auf das Programm der USA für das 21. Jahrhundert hin. Es ist ein Programm für die totale Weltherrschaft. Der Irak-Krieg ist der Beginn der Umsetzung dieses Programms. Es geht um die Kolonialisierung der ganzen Welt. Dabei sind den USA alle Mittel recht bis hin zum Atomkrieg. Immer wieder wurde für den 20. 3. 2004 geworben. Es hieß: „Eine Welt ohne Krieg ist möglich, es ist einzige Möglichkeit zum Überleben.“

Der von ANSWER vorgeschlagene internationale Aktionstag gegen Besetzung des Irak und Palästinas am 20. 3. 2004 wurde nach dem ESF in Paris nunmehr weltweit akzeptiert. Die Südkoreaner brachten dazu schon Plakate mit.

Viele Redner drückten ihren Wunsch aus, dass dieser Tag genau so groß wie der 15. 2. 2003 werden soll.

Das globale Netzwerk gegen Militärbasen

In wenigen Monaten ist ein globales Netzwerk gegen US-Militärstützpunkte entstanden. Die Initiative ging anlässlich des 15. 2. 2003 von der Organisation „Focus on the Global South“ aus den Philippinen aus. Fast kein Land fehlt. Zum erstenmal konnten sich die Aktivisten persönlich in Mumbai kennenlernen. Gegenwärtig gib es 702 US-Basen. In Kurzberichten stellten die einzelnen Vertreter die Probleme der Militärstützpunkte in ihrem Land dar und welche Aktivitäten dagegen unternommen werden. Wichtig für die Bewegung ist, dass auch Erfolgsgeschichten weitergegeben werden. So mussten 1991 die USA nach 101 Jahren die Philippinen verlassen. Im Mai 2003 mussten sie aus Vieques (Puerto Rico) abziehen. Von vielen Europäern wurde eingebracht, es dürfe nicht nur um die US-Basen gehen, sondern generell gegen alle. Das wurde akzeptiert und in die Abschlusserklärung übernommen. Zunächst werden in einer Homepage alle Informationen über alle Basen gesammelt und welche Initiativen es dagegen gibt. Bei den Aktionen will man sich zunächst auf Diego Garcia, den Irak, Okinawa und Korea kümmern. Eine Schiffsfahrt nach Diego Garcia mit

einigen der von dort Vertriebenen ist geplant, ebenso eine Weltkonferenz im nächsten Jahr in Vancouver (Kanada).

Das Leben in Mumbai

Nach über zehn Jahren neuer Wirtschaftspolitik leben von den 1,1 Milliarden Indern immer noch 300 Millionen unter der Armutsgrenze, die meisten von ihnen auf dem Land. Ein Drittel der Bevölkerung über 14 Jahren kann nicht lesen und schreiben. Und wegen des hohen Bevölkerungswachstums müssen bis 2020 rund 200 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, um die Arbeitslosigkeit nicht drastisch steigen zu lassen. Mumbai ist für die Inder, die Stadt der Hoffnung, so wie früher New York. In Mumbai ist auch die Filmindustrie zu Hause. Hier werden mehr Filme gedreht als in Hollywood, weswegen Mumbai auch „Bollywood“ genannt wird.

Mumbai ist mit 16 Millionen Einwohnern die größte Stadt Indiens. Täglich ziehen 20.000 Menschen zu, die hoffen, dass sie hier eine Einkommensmöglichkeit finden. Durch die Öffnung der Märkte sind viele Bauern verarmt und gehen nach Mumbai. Sie finden kaum Unterkunft und landen in Slums. Der größte Slum Asiens heißt Dharavi und liegt mitten in Mumbai, in diesem 174 Hektar großen Gebiet leben mindestens 500.000 Menschen. Slums sind aber mehr oder weniger in der ganzen Stadt verteilt.

Die Luft in Mumbai ist im wahrsten Sinne des Wortes atemberaubend. Jeder, der sich eine Weile in der Stadt aufhält fängt an zu husten. Allen Teilnehmern des WSF kratzte es nach einem Tag im Hals. Die Masse der Fahrzeuge, die sich durch die Straßen wälzen verpestet die Luft, obwohl die Taxen und die Motorrikschas mit Erdgas fahren. Es gibt öffentliche Busse und Nahverkehrszüge auf fünf Strecken, doch sie sind fast immer überfüllt. Besonders gefährlich ist es mit den Nahverkehrszügen zu fahren. Die Wagen haben keine Türen, bzw. die Türen sind immer offen. Bei jedem Bahnhof springen die Fahrgäste mit großer Kraft in die Öffnungen, um einen Platz zu ergattern. Der Zug steht nur kurze Zeit im Bahnhof und fährt gnadenlos einfach wieder ab. Meist hängen dann noch Menschen in den Öffnungen. Pro Tag fahren in Mumbai 6,5 Millionen Menschen mit dem Zug, dabei kommen pro Tag durchschnittlich 10 Menschen um. Am Ende des WSF hatte es im Jahre 2004 schon 250 Menschen erwischt.

Trotz dieses schweren Lebens sind die Menschen in Mumbai sehr freundlich, hilfsbereit und aufgeschlossen. Wir konnten uns auch in den Slumgebieten gefahrlos bewegen.

Die Abschlusserklärungen

Es gibt Abschlusserklärungen des globalen Anti-Kriegsnetzes und des globalen Netzes gegen Militärstützpunkte. Das Welt-Parlamentarier-Forum gab eine 5-seitige Abschlusserklärung heraus, indem es sich mit dem WSF solidarisierte. Wer daran teilgenommen hat, konnte ich bisher nicht ermitteln.

Fazit

Selbst die ansonsten hämische FAZ, die Friedensbewegte und Globalisierungskritiker als realitätsfremde „Gutmenschen“ darstellt kam nicht umhin in ihrem Leitartikel vom 20. 1. folgendes Fazit zu ziehen: „Kaum eine politische Bewegung hat in den vergangenen Jahren soviel Zulauf und Aufmerksamkeit erhalten wie die der „Globalisierungskritiker“. Hunderttausend Menschen, die sich dem Spektrum zurechnen, tagen zur Zeit in der indischen Metropole Bombay und suchen nach Wegen zu einer „anderen Welt“. In nur vier Jahren hat sich das „Weltsozialforum“, das die ersten drei Male im südbrasilianischen Porto Alegre abgehalten wurde, zur größten internationalen Politikveranstaltung entwickelt. Diese beeindruckende Erfolgsgeschichte verführt Veranstalter und Star-Aktivisten zu triumphalen Gesten. Die Galionsfigur der internationalen Linken, die indische Schriftstellerin Arundhati Roy, rief in Bombay aus: „In Brasilien habe ich gesagt, eine andere Welt ist möglich, und sie ist unterwegs. In Bombay sage ich: Schaut euch um, die andere Welt scheint schon hier zu sein.“

„Selbst wer den Überschwang belächelt, kann kaum bestreiten, dass die Globalisierungskritiker in den vergangenen Jahren etwas erreicht haben. In der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, in der Welthandelsorganisation und in den großen Konzernen beschäftigen sich längst Fachleute, oft ganze Abteilungen mit Ideen, Argumenten und Kritiken, die auch auf den Weltsozialforen vorgetragen werden. Selbst im Rahmen des Davoser Weltwirtschaftsforums, als dessen Gegenpol das Weltsozialforum im Jahr 2001 erstmals zusammentrat, diskutieren Regierungschefs und Konzernvorstände mittlerweile die Fehlentwicklungen

der Globalisierung und beraten über Justierungen. Vom westlichen Agrarprotektionismus über das mangelhafte internationale Schuldenmanagement bis hin zu den Exzessen im weltweiten Finanzverkehr - die Einsicht in die Unzulänglichkeiten der Globalisierung wächst.“

Und es ist gewiss ein frommer Wunsch, wenn die FAZ bemängelt : „Trotz dieser Tendenzen könnten die Globalisierungskritiker in eine Sackgasse steuern. Ihre Strategie, durch die Verbindung mit immer entlegeneren Protestbewegungen an Masse und Durchschlagskraft zu gewinnen, erweist sich als riskant. Von Bombay, wo in sechs Tagen 1200 Veranstaltungen stattfinden, geht kein fassbares Signal mehr aus. Wo tibetische Mönche gegen Peking demonstrieren und Sexarbeiter aus Indonesien mehr Rechte einklagen, wo afrikanische Frauen gegen ihre Benachteiligung opponieren und indische Unberührbare das Kastensystem geißeln, hat die Globalisierungskritik als Klammer ausgedient. In Bombay präsentiert sich nur noch ein diffuses globales Protestkonglomerat, das ohne Botschaft ist.“

Das stimmt so nicht! Zum einen gibt es Abschlusserklärungen, die eine Botschaft sind. Zum anderen ist jeder der 100.000 Teilnehmer ein Multiplikator, der seine neu erworbenen Kenntnisse, Informationen und Aktionsideen mit nach Hause bringt und damit dort in seinen Initiativen weiterarbeitet. Die vielen verschiedenen Netzwerke arbeiten neu beflügelt weiter und bringen so die gesamte Bewegung voran, so unübersichtlich das Ganze auch sein mag.

Die Veranstalter zogen eine durchweg positive Bilanz: Das Treffen habe gezeigt, dass die Bewegung wachse und sich zu einem stabilen globalen Rahmen für den internationalen anti-neoliberalistischen Protest entwickelt habe. „Die Bewegung ist die zweite Supermacht in der heutigen politischen Welt und im Moment die einzige Alternative gegen den Neoliberalismus“, schätzt Vittorio Agnoletto, Sprecher des Genueser Sozialforums, den Einfluss des WSF ein. Auch für die indischen Organisatoren war das WSF ein Erfolg. Sie sind überzeugt, das Treffen werde eine große Wirkung auf die politischen Verhältnisse in Indien haben. In Indien gibt es über 100.000 NGOs. 200 davon bildeten zusammen mit Aktiven aus anderen Ländern den Vorbereitungskreis. Das ergibt für Indien einen neuen Schub bei der Zusammenarbeit.

Nach den eher westlich geprägten WSF in Porto Alegre wurde das asiatische WSF in Mumbai nun wirklich weltumspannend. Neben großen Debatten dominierten in Mumbai die Agitationsformen des Straßentheaters

und die musikalische Ausdrucksfähigkeit der asiatischen Graswurzel-Bewegungen. Auch deutsche **Attac**-Vertreter zeigten sich beeindruckt: “Der pluralistische und gleichzeitig entschlossene Geist der Weltsozialforen hat zwei Ozeane übersprungen und ist nun wirklich global.”

Neben vielen Verabredungen zwischen Projektpartnern und der Aufnahme neuer Erfahrungen aus den Kämpfen anderer sozialer Bewegungen gab es weitere Ergebnisse: So haben Friedensgruppen und Globalisierungskritiker zu weltweiten Protestaktionen für den 20. März aufgerufen. Sie sollen sich gegen den Krieg und die Besetzung Iraks durch die USA und Palästinas durch Israel richten. Ein Netzwerk sozialer Bewegungen beschloss zudem einen globalen Aktionstag zur kommenden WTO-Ministerkonferenz in Hongkong.

Nachdem die linksliberale indische Tageszeitung „The Hindu“ bereits während des vierten Weltsozialforums mit ihrer Berichterstattung aus dem indischen Blätterwald herausragte, meldete sie sich am Donnerstag mit einem bewertenden Kommentar abschließend zu Wort. Das Treffen in Mumbai sei ein “nachhallender Erfolg” gewesen, hieß es darin: “Es brachte Mitglieder von einigen der aktivsten politischen und sozialen Bewegungen in der Welt und zahlreiche führende Köpfe aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen – alle vereint im Glauben, dass eine andere Welt möglich ist.”

Die Geschichte des WSF stelle sich als “Erfolgsstory” dar. “Indem es erstmals außerhalb von Porto Alegre stattfand, wurde das Manko geringer Beteiligung aus Asien beseitigt”, schreibt „The Hindu“ und hebt insbesondere die Erweiterung und Vertiefung der “Agenda” hervor: “In Mumbai gehörten zu den behandelten Problemen die US-Okkupation Iraks, der Kaschmir-Konflikt, das Kastenwesen in Indien, Herausforderungen und Möglichkeiten auf dem Gebiet von Medien und Wissen, einschließlich freier Software-Nutzung.” Stärke des Forums sei gewesen, “Bewegungen und Organisationen aus der ganzen Welt einen geografischen und sogar zeitweilig politischen “Raum” zu geben, in dem sie Erfahrungen austauschen und neue Ideen aufgreifen” konnten. “Wie erfolgreich dieser Prozess sein wird, hängt davon ab, was die Teilnehmer anschließend mit ihren WSF-Erfahrungen machen.”

Derweil wertete in Mumbai auch Sven Giegold vom Koordinierungsrat **ATTAC** Deutschland die sechs Tage von Mumbai positiv: “Hier herrsch-

te die gleiche Stimmung von Pluralität und Entschlossenheit, die wir aus Porto Alegre kannten.“ Der “Geist der Sozialforen” habe “die zwei Ozeane übersprungen und ist jetzt wirklich global”. Philipp Hersel, ebenfalls vom globalisierungskritischen Netzwerk, hob die “politische Entschlossenheit der Menschen” hervor. Zu den Themen Steuerflucht und Kapitaltransfers seien neue Netzwerke entstanden. Auch sei eine Initiative zur Gründung von **ATTAC** Indien entstanden.

Das nächste Weltsozialforum wird 2005 wieder in Brasilien stattfinden. Ein Jahr später soll es dann in Afrika stattfinden.

Feiertagsproteste stoppen keine Kriege

Rede der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy auf dem
4. Weltsozialforum in Mumbai

Die Rede der bekannten Schriftstellerin Arundhati Roy beim Weltsozialforum in Indien (17.-21. Januar 2004) hat großes Aufsehen erregt

Im Folgenden wird die Rede von Roy im Wortlaut dokumentiert. Die Übersetzung besorgte der Südasien-Korrespondent Hilmar König. Die "junge Welt" veröffentlichte die Rede in ihrer Ausgabe vom 20. Januar 2004. Die Originalfassung erschien in der indischen Zeitung "The Hindu" am 18. Januar 2004.

In großen Städten Europas und Amerikas, wo solche Dinge noch vor ein paar Jahren nur geflüstert worden wären, sprechen Menschen nun offen von den guten Seiten des Imperialismus und von der Notwendigkeit eines starken Imperiums, um eine aufsässige Welt zu überwachen. Die neuen Missionare wollen Ordnung auf Kosten von Gerechtigkeit. Disziplin auf Kosten von Würde. Und Überlegenheit um jeden Preis. Gelegentlich werden einige von uns eingeladen, das Problem auf »neutralen Plattformen zu debattieren«, die von Medienkonzernen gestellt werden. Imperialismus debattieren ist ein bisschen wie das Für und Wider von Vergewaltigung abzuwägen. Was können wir dazu sagen? Dass wir so was wirklich vermissen?

Im Krieg gegen den Terror wird Armut mit Terrorismus vermischt

Jedenfalls ist neuer Imperialismus bereits über uns gekommen. Es ist eine remodellierte, modernisierte Fassung dessen, was wir einst kannten. Erstmals in der Geschichte hat ein einziges Imperium mit einem Waffenarsenal, das die Welt an einem Nachmittag auslöschen kann, komplette, unipolare wirtschaftliche und militärische Hegemonie. Es wendet verschiedene Waffen an, um unterschiedliche Märkte aufzubrechen. Es gibt kein Land auf Gottes Erden, das sich nicht im Fadenkreuz amerikanischer Marschflugkörper und IWF-Scheckbücher befindet. Argentinien ist das Modell für die Titelfigur des neoliberalen Kapitalismus, Irak hingegen das schwarze Schaf.

Arme Länder, die geopolitisch von strategischem Wert für das Imperium sind oder einen »Markt« haben, der privatisiert werden kann, oder um Gottes Willen wertvolle natürliche Ressourcen wie Öl, Gold, Diamanten, Kobalt, Kohle besitzen, müssen sich wie angeordnet verhalten, oder sie werden zu militärischen Zielen. Jene mit den größten natürlichen Reichtümern sind am meisten gefährdet. Sollten sie nicht bereitwillig ihre Ressourcen der Konzernmaschinerie ausliefern, werden zivile Unruhen initiiert oder Kriege vom Zaun gebrochen. In diesem neuen Zeitalter des Imperiums, da nichts mehr so ist wie es scheint, dürfen Manager interessierter Companies außenpolitische Entscheidungen beeinflussen. Das Zentrum für Öffentliche Integrität in Washington fand heraus, dass neun von 30 Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigungspolitik der US-Regierung mit Unternehmen verbandelt waren, denen zwischen 2001 und 2002 Aufträge im Verteidigungssektor in Höhe von 76 Milliarden Dollar zugeschanzt wurden.

George Shultz, der frühere US-Außenminister, war Vorsitzender des Komitees für die Befreiung Iraks. Er sitzt auch im Aufsichtsrat der Bechtel-Gruppe. Über einen Interessenkonflikt im Kriegsfall gegen Irak befragt, sagte er: »Ich weiß nicht, ob Bechtel daraus besonderen Nutzen ziehen würde. Aber wenn dort Arbeit verrichtet werden muss, dann ist Bechtel der Firmentyp, der das machen könnte. Aber niemand betrachtet das als etwas, von dem man profitiert.« Nach dem Krieg schloss Bechtel einen Vertrag über 680 Millionen Dollar für die Rekonstruktion im Irak ab.

Diese brutale Blaupause ist immer wieder verwendet worden – quer durch Lateinamerika, Afrika, Mittel- und Südostasien. Das hat Millionen

Menschenleben gekostet. Natürlich wird jeder Krieg des Imperiums zum gerechten Krieg erklärt. Das hängt zum großen Teil von der Rolle der Medienkonzerne ab. Es ist wichtig zu verstehen, dass Medienkonzerne nicht lediglich das neoliberale Projekt unterstützen. Sie sind das neoliberale Projekt. Das ist keine moralische Position, die sie sich ausgewählt haben, sondern strukturell bedingt. Es ist wesentlich für die Ökonomien, wie die Massenmedien arbeiten. Viele Nationen haben – ähnlich wie Familien – entsetzliche Geheimnisse. Deshalb haben es die Medien oft gar nicht nötig zu lügen. Was betont und was weggelassen wird, zählt.

Nehmen wir zum Beispiel an, Indien wäre als Ziel für einen gerechten Krieg ausgewählt worden. Der Fakt, dass 80 000 Menschen seit 1989 in Kaschmir getötet worden sind, die meisten von ihnen Muslime, und die meisten von ihnen durch indische Sicherheitskräfte (was einen Jahresdurchschnitt von ungefähr 6 000 ergibt); der Fakt, dass im März 2003 über 2000 Muslime auf den Straßen in Gujarat ermordet, dass Frauen von Gruppen vergewaltigt und Kinder bei lebendigem Leibe verbrannt und 150 000 Menschen aus ihren Heimen vertrieben wurden, während die Polizei und die Administration zuschauten und sich mitunter aktiv beteiligten; der Fakt, dass niemand für diese Verbrechen bestraft und die Regierung, die das überblickte, wieder gewählt wurde – all das würde perfekte Schlagzeilen liefern für internationale Zeitungen im Zulauf auf einen Krieg. Weiter wissen wir, dass unsere Städte von Marschflugkörpern dem Erdboden gleichgemacht würden, unsere Dörfer mit Stacheldraht umzäunt, US-Soldaten durch unsere Straßen patrouillieren würden und Narendra Modi, Pravin Togadia oder irgendein anderer populärer Eiferer zu besten TV-Sendezeiten sich – wie Saddam Hussein im US-Gewahrsam – ihr Haar nach Läusen durchsuchen und ihre Zahnfüllungen überprüfen lassen müssten.

Aber solange unsere »Märkte« offen sind, solange Enron, Bechtel, Halliburton, Arthur Andersen freie Hand gelassen wird, können unsere »demokratisch gewählten« Führer sorglos die Linien zwischen Demokratie und Faschismus verwischen. Die feige Bereitschaft unserer Regierung, die stolze Tradition der Blockfreiheit aufzugeben, ihr Drang an die Spitze der komplett Gebundenen (die Modephrase lautet »natürliche Verbündete«, zu denen Indien, Israel und die USA zählen) haben ihr Beifreiheit gegeben, sich in ein repressives Regime zu verwandeln ohne Verlust ihrer Legitimität. Die Opfer einer Regierung sind nicht nur jene,

die sie tötet und einkerkt. Auch jene müssen zu ihnen gerechnet werden, die enteignet, vertrieben und zu einem Leben in Hunger und Entbehrung verurteilt sind. Millionen Menschen sind durch »Entwicklungsprojekte« enteignet worden. In den vergangenen 55 Jahren haben in Indien durch Großdämme zwischen 33 und 55 Millionen Bürger ihre Siedlungsgebiete verloren. Sie haben keine Chance auf Gerechtigkeit.

In den letzten beiden Jahren gab es eine Serie von Zwischenfällen, bei denen die Polizei das Feuer auf friedlich Protestierende, meistens Dalits und Adivasi, eröffnete. Die Armen und besonders die Dalits und Adivasi-Gemeinschaften werden getötet, weil sie Forstland nutzen, und sie werden getötet, wenn sie die Nutzung von Forstland für Dämme, den Bergbau, Stahlwerke und andere »Entwicklungsprojekte« zu verhindern suchen. In nahezu jedem Fall, in dem die Polizei schoss, behauptete die Regierung, die Polizei sei durch Gewaltakte provoziert worden. Jene, auf die geschossen wurde, werden sofort als Militante abgestempelt.

Quer durchs Land hat man unschuldige Menschen, inklusive Minderjährige, nach dem Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus eingesperrt und hält sie ohne Prozess endlos fest. In der Ära des Krieges gegen Terror wird Armut hinterhältig mit Terrorismus vermischt. In der Ära von korporativer Globalisierung ist Armut ein Verbrechen. Protest gegen weitere Verarmung ist Terrorismus. Und nun sagt unser höchstes Gericht sogar, streiken ist ein Verbrechen. Kritik an den Gerichten ist selbstverständlich auch ein Verbrechen.

Wie der alte Imperialismus beruht auch der neue Imperialismus auf einem Netzwerk von Agenten, korrupten lokalen Eliten, die dem Imperium dienen. Wir alle kennen die schlimme Geschichte von Enron in Indien. Die damalige Regierung von Maharashtra schloss ein Abkommen über Stromlieferungen, die Enron Profite sicherten, die 60 Prozent des gesamten indischen Budgets für die landwirtschaftliche Entwicklung ausmachten. Einer einzigen amerikanischen Company wurde ein Profit garantiert im Äquivalent von Fonds zur Entwicklung der Infrastruktur für etwa 500 Millionen Menschen!

Cancun lehrte uns, internationale Allianzen zu schmieden

Anders als zu alten Zeiten muss der neue Imperialist sich nicht durch die Tropen schleppen, Malaria, Durchfälle und einen frühen Tod riskierend. Neuer Imperialismus kann über E-Mail ausgeführt werden. Die vulgären, klassischen Rassisten des alten Imperialismus sind überholt. Der Eckstein des neuen Imperialismus ist neuer Rassismus.

(Hier folgt eine ausführliche Passage, in der Arundhati Roy ironisch Truthähne, die nicht zum US-Erntedankfest auf dem Festtisch landen, mit den neuen, »sorgfältig gezüchteten Truthähnen, den lokalen Eliten verschiedener Länder, einer Gemeinschaft reicher Immigranten, Investment-Bankern, Leuten wie Colin Powell oder Condoleezza Rice, einigen Sängern und Schriftstellern«, vergleicht, die sie unter Begünstigte im neuen Rassismus eingruppiert. »Die Millionen anderen verlieren ihre Jobs, werden aus ihren Wohnungen geworfen, bekommen Wasser und Strom abgedreht und sterben an AIDS«, sagt sie in diesem Kapitel.)

Teil des Projekts neuer Rassismus ist neuer Genozid. In dieser Ära neuer wirtschaftlicher Interdependenz kann neuer Genozid durch ökonomische Sanktionen gefördert werden. Das heißt, Bedingungen zu schaffen, die zum Massensterben führen, ohne dass man Menschen direkt töten muss. Dennis Halliday, von 1997 bis 1998 UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten in Irak (danach trat er angeekelt zurück), verwendete den Begriff Völkermord, um die Sanktionen gegen Irak zu beschreiben. Die Sanktionen, denen eine halbe Million Kinder zum Opfer fielen, stellten alle Bemühungen Saddam Husseins noch in den Schatten. In der neuen Ära ist Apartheid als formelle Politik antiquiert und unnötig.

Internationale Instrumente von Handel und Finanz steuern ein komplexes System von Handelsgesetzen und Finanzabkommen, die die Armen ohnehin in ihren Bantustans festhalten. Ihr ganzer Zweck besteht darin, Ungleichheit zu institutionalisieren. Warum sonst würden die USA das Produkt eines Textilherstellers in Bangladesch zwanzigmal höher besteuern als eins made in Großbritannien? Warum sonst produzieren Länder mit 90 Prozent des Weltkakaoanbaus nur fünf Prozent der Schokolade in der Welt? Warum sonst werden Kakao anbauende Länder wie die Elfenbeinküste und Ghana mit Besteuerung vom Markt gedrängt, wenn sie versuchen, ihren Rohkakao in Schokolade zu veredeln? Warum sonst fordern reiche Länder, die täglich über eine Milliarde Dollar für Agrarzu-

schüsse ausgeben, dass arme Länder wie Indien alle Agrarsubventionen, einschließlich der für Elektrizität, abbauen? Warum sonst stecken ehemalige Kolonien, die über mehr als ein Jahrhundert lang von den Kolonialregimes ausgeplündert wurden, in der Schuldenfalle genau dieser Regimes und zahlen ihnen 382 Milliarden Dollar pro Jahr zurück?

Aus all diesen Gründen war die Entgleisung der Handelsabkommen in Cancun so entscheidend für uns. Auch wenn unsere Regierungen versuchen, sich damit zu rühmen, wissen wir doch, dass dies das Resultat des Kampfes von vielen Millionen Menschen in sehr vielen Ländern über Jahre hinweg war. Was uns Cancun lehrte ist, dass, um wirklichen Schaden anzurichten und radikalen Wandel zu erzwingen, es für lokale Widerstandorganisationen von vitaler Bedeutung ist, internationale Allianzen zu schmieden. Von Cancun lernten wir die Bedeutung globalisierten Widerstands.

Keine einzelne Nation kann sich dem Projekt der korporativen Globalisierung aus eigener Kraft widersetzen. Immer wieder haben wir erlebt, dass die Helden unserer Zeit schrumpfen, wenn es um das neoliberale Projekt geht.

Außergewöhnliche, charismatische Männer, Giganten in Opposition, werden machtlos auf der globalen Bühne, wenn sie Staatsoberhäupter werden. Ich denke hier an Präsident Lula von Brasilien. Lula war der Held des Weltsozialforums letztes Jahr. In diesem Jahr verwirklicht er eifrig die IWF-Richtlinien, reduziert Renten und entschlackt seine Arbeiterpartei von Radikalen. Ich denke auch an Südafrikas Expräsidenten Nelson Mandela. Innerhalb von zwei Jahren nach seinem Machtantritt machte seine Regierung einen Kniefall vor dem Gott der Marktwirtschaft. Sie führte ein massives Programm von Privatisierung und strukturellen Anpassungen ein, das Millionen Menschen ohne Heim, arbeitslos, ohne Wasser und Elektrizität hinterlässt.

Warum passiert das? Es macht wenig Sinn, sich an die Brust zu klopfen und betrogen zu fühlen. Lula und Mandela sind in jeder Beziehung großartige Menschen. Aber im Moment, da sie von der Opposition ins Regierungslager wechselten, wurden sie zu Geiseln eines ganzen Spektrums von Bedrohungen, die übelste davon die Drohung mit Kapitalflucht, die jede Regierung über Nacht zu Fall bringen kann. Anzunehmen, dass das persönliche Charisma und ein kampferfüllter Lebenslauf das korporative Kartell anknackst, bedeutet nicht zu verstehen, wie der Kapitalismus

funktioniert oder wie Macht ausgeübt wird. Radikaler Wandel wird nicht durch Regierungen ausgehandelt, er kann nur durch Menschen erzwungen werden.

Wir müssen unsere Strategie des Widerstands diskutieren

In dieser Woche werden auf dem Weltsozialforum einige der besten Köpfe der Welt Ideen darüber austauschen, was um uns herum geschieht. Diese Konversationen schärfen unsere Vision über die Art von Welt, für die wir kämpfen. Das ist ein vitaler Prozess, der nicht untergraben werden darf.

Dennoch besteht das Risiko, wenn auf Kosten wirklicher Aktion alle unsere Energien auf diesen Prozess gerichtet werden, dass das WSF, das eine entscheidende Rolle in der Bewegung für globale Gerechtigkeit gespielt hat, zu einem Guthaben unserer Feinde wird. Wir müssen dringend unsere Strategien des Widerstands diskutieren. Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen und wirklichen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsch war nicht lediglich politisches Theater.

Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das war ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real. Während unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, dürfen wir gewaltlosen Widerstand nicht zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater verkümmern lassen. Er ist eine sehr kostbare Waffe, die ständig geschärft und justiert werden muss. Es darf nicht erlaubt werden, dass sie lediglich zum Spektakel, zu einer Fotomöglichkeit für die Medien wird.

Es war herrlich, als am 15. Februar vorigen Jahres zehn Millionen Menschen auf einer eindrucksvollen Demonstration öffentlicher Moral, zehn Millionen Menschen auf fünf Kontinenten gegen den Krieg in Irak marschierten. Es war wunderbar, aber es war nicht genug. Der 15. Februar war ein Wochenende. Niemand musste einen Arbeitstag verpassen. Feiertagsproteste stoppen keine Kriege. George Bush weiß das. Die Selbstsicherheit, mit dem er die überwältigende öffentliche Meinung missachtete, sollte uns allen eine Lehre sein. Bush glaubt, Irak kann okkupiert und kolonisiert werden, wie es mit Afghanistan geschieht, mit Tibet geschieht, mit Tschetschenien geschieht, wie es in Osttimor der

Fall war und in Palästina noch der Fall ist. Er glaubt, dass alles, was er zu tun hat, ist, sich hinzuhocken und zu warten, bis die über Krisen berichtenden Medien, die dieses Thema bis auf die Knochen ausgeschlachtet haben, es fallen lassen und weiterziehen. Bald wird der Kadaver von den Bestseller-Charts rutschen, und wir, alle Empörten werden das Interesse daran verlieren. So jedenfalls hofft er.

Diese unsere Bewegung braucht einen großen, globalen Erfolg. Es ist nicht gut genug, Recht zu haben. Manchmal ist es wichtig, etwas zu gewinnen, wenn auch nur, um unsere Entschlossenheit zu testen. Um etwas zu gewinnen, müssen wir – alle, die sich hier und dort drüben bei Mumbai Resistance versammelt haben – in etwas übereinstimmen: dass es nicht eine überlappende, vorherbestimmte Ideologie braucht, in die wir unsere geschätzten, aufrührerischen argumentativen selbst hineinzwängen. Es bedarf keines bedingungslosen Untertanengehorsams gegenüber der einen oder anderen Form von Widerstand, um alles andere auszu-schließen. Es könnte eine Minimalagenda sein.

Lasst uns den Blick auf Irak werfen

Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann lasst uns den Blick auf Irak werfen. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem. Zahlreiche Kriegsgegner haben sich seit der Gefangennahme Saddam Husseins zurückgezogen. Ist die Welt nicht besser ohne Saddam Hussein? fragen sie ängstlich.

Schauen wir der Sache ein für allemal ins Auge. Der Gefangennahme Saddam Husseins durch die US-Army zu applaudieren und deshalb im nachhinein ihre Invasion und Okkupation Iraks zu rechtfertigen, ist wie Jack the Ripper (den Schlächter) anzubeten, weil er den Boston-Würger ausgeweidet hat. Und das nach einem Vierteljahrhundert Partnerschaft, in der Schlächter und Würger ein gemeinsames Unternehmen betrieben. Es war ein innerbetrieblicher Streit. Sie waren Geschäftspartner, die sich wegen eines schmutzigen Deals entzweiten. Jack war der CEO, der Chief Exekutive Officer.

Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, sollten wir dann darin übereinstimmen, dass wir gegen die US-Okkupation sind und dass wir

glauben, dass die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen? Wie beginnen wir mit unserem Widerstand? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. **Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alte Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?) Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.**

Unser Widerstand muss mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten sollten sich weigern zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden. Arbeiter sollten es ablehnen, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen. Es bedeutet auch, dass wir in Ländern wie Indien und Pakistan die Pläne der US-Regierung zum Scheitern bringen müssen, indische und pakistanische Soldaten zum Säubern nach Irak zu schicken.

Ich schlage vor, dass wir auf einer gemeinsamen Abschlusszeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance zwei wichtige Unternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren. Wir könnten jedes Projekt, in das sie involviert sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt lokalisieren. Wir könnten sie jagen, zur Schließung zwingen. Es ist eine Frage, unsere kollektive Weisheit und Erfahrung aus vergangenen Kämpfen für ein einzelnes Ziel einzubringen. Es ist eine Frage des Wunsches zu siegen.

Das »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« strebt danach, Ungleichheit fortzusetzen und amerikanische Hegemonie um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, zu errichten. Das Weltsozialforum verlangt Gerechtigkeit und Überleben. Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten.

Aus: junge Welt, 20.01.2004